

# Besser verteilen

Schulen in sozial belasteten Gebieten und Stadtteilschulen betreuen überproportional Klassen mit Flüchtlingen

Beim Thema Flüchtlingsbildung droht ähnlich wie bei der Inklusion eine soziale Schiefelage. Knapp zwei Drittel der Klassen, in denen Flüchtlingskinder in Hamburg unterrichtet werden, sind an Schulen in sozial schwierigen oder sehr schwierigen Gebieten untergebracht, nur ein gutes Zehntel dieser Klassen in den sozial stabilen und besonders stabilen Stadtteilen. Zugleich unterrichten Stadtteilschulen dreimal so viele Flüchtlinge wie die Gymnasien. Dies hat eine Anfrage der FDP ergeben.

Von den 202 Basisklassen und Internationalen Vorbereitungsklassen, in denen rund 2500 geflüchtete Jungen und Mädchen unterrichtet werden, sind 57,9 Prozent an Schulen mit dem Sozialindex KESS 1 oder 2 untergebracht. Der

Anteil der KESS 1/2-Schulen macht insgesamt aber nur 27,4 Prozent aller Standorte aus.

Wie bei der Inklusion von Schüler\_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf tragen die Stadtteilschulen zur Beschulung von Flüchtlingskindern in erheblich stärkerem Maße bei als die Gymnasien. Während an Gymnasien 30 Flüchtlingsklassen eingerichtet sind, gibt es fast 100 an Stadtteilschulen.

„Der Verweis der Nutzung freier Räumlichkeiten an Stadtteilschulen bzw. Schulen in KESS-1 und 2 ist ein vorgeschobenes Argument der Behörde. Es gibt Schulen in besserer Lage und mit hohem KESS-Faktor, auf deren Gelände Container aufgestellt werden könnten. Das macht die Behörde nicht, weil es erstmal

schneller und billiger ist, die freien Räumlichkeiten zu nutzen. Weiterhin geht man Konflikten mit den Eltern aus dem Weg. Warum Räumlichkeiten frei stehen, wird nicht thematisiert. Viele Eltern melden ihre Kinder nach Möglichkeit an Schulen mit besserem KESS-Faktor, im besseren Stadtteil oder eben auf dem Gymnasium an. Dieses Anmeldeverhalten schafft den freien Raum an den wenig angewählten Schulen, die dann eben auch die Flüchtlinge beschulen müssen. Es ginge anders. Das wäre aber teuer und konfliktthaft. Die derzeitige Praxis ist der Weg des geringsten Widerstandes, mehr nicht“, kommentiert Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg.

Die GEW fordert eine gleichmäßigere Verteilung über die Stadt. Die Stadtteilschulen schultern bereits jetzt schon die Hauptlast der Inklusion und eine Ungleichverteilung der Flüchtlingskinder würde diese soziale Schiefelage weiter verschlimmern.

aus: PRESSEERKLÄRUNG der GEW vom 25.2.2016

# Here to participate!

Eine aktive Zusammenarbeit mit geflüchteten Pädagog\_innen eröffnet das GEW-Refugee-Buddy-Programm

Um eine solidarische Praxis zu entwickeln, wird in der GEW Hamburg momentan die Idee eines Austauschprogramms zwischen Geflüchteten und in Deutschland schon tätigen Kolleg\_innen diskutiert, das nicht nach dem Aufenthaltsstatus fragt. Interessierte Pädagog\_innen könnten zusammenarbeiten, Strukturen der GEW kennenlernen und gemeinsam Schul-

unterricht, den Kita-Alltag, das Hochschulseminar oder den Nachmittag im Jugendzentrum gestalten. Eingebunden werden soll das Projekt in einen politischen Rahmen, der eine deutliche Kritik am europäischen Migrationsregime einschließt.

## Flüchtlingsabwehr verstärkt

Unter dem Schlagwort „Flüchtlingskrise“ wird seit

Monaten das Thema Migration & Flucht verhandelt. Nachdem im Sommer 2015 vielmehr das europäische sogenannte Migrationsmanagement bzw. das Grenzregime in eine Krise geraten ist und für kurze Zeit das Dublin-Verfahren außer Kraft gesetzt war, reagier(t)en Europa und die Bundesregierung mit verstärkter Repression auf die Migrationsbewegung: Zäune wurden errich-

tet, Grenzkontrollen wieder eingeführt, Fluchtrouten versperrt, Länder als sichere Herkunftsländer deklariert, die es bisher nicht waren und das faktisch schon in den 1990er Jahren abgeschaffte Asylrecht weiter verschärft. Auch jene, die es nach Deutschland geschafft haben, sehen sich staatlichen Repressionen ausgesetzt: so wurde teilweise die Residenzpflicht wieder eingeführt, es werden vermehrt Gutscheine anstatt Bargeld ausgegeben, Abschiebungen werden trotz ärztlicher Bedenken erleichtert und zudem nicht mehr angekündigt, Geflüchtete müssen sich finanziell an den Integrationskursen beteiligen (wenn sie überhaupt Zugang erhalten), der Familiennachzug wird größtenteils verwehrt und es werden Abschiebelager an den Grenzen errichtet. Eine Hierarchisierung von Fluchtgründen anhand der Figur der/s „guten“ und der/s „schlechten“ Geflüchteten und damit einhergehend die variierende Zu- oder Abnahme von Rechten weitet sich aus.

Neben der staatlichen nimmt auch die nicht-staatliche rassistische Gewalt an Quali- und Quantität zu: Brennende Unterkünfte, Schüsse auf eine Wohnung im hessischen Dreieich und die Blockierung eines ankommenden Busses im sächsischen Clausnitz sind nur einige Beispiele für die über 900 rassistischen Angriffe seit Anfang 2015. Die Täter\_innen sind, wie einer der wenigen aufgeklärten Fälle in Escheburg zeigt, nicht nur in der extremen Rechten, sondern auch unter den so genannten besorgten Bürger\_innen zu suchen. Diese rotten sich zusammen und bilden stets dort, wo eine neue Unterkunft

**- HERE TO PARTICIPATE!**

DAS REFUGEE-BUDDYPROGRAMM  
DER GEW-HAMBURG

# Doppelte Freude

## Als Pensionär Flüchtlingen mit Deutschunterricht helfen

Im letzten Jahr habe ich in einer Bergedorfer Folge-Unterkunft Deutschunterricht für Kinder und Jugendliche erteilt zusammen mit etwa fünfzehn anderen Ehrenamtlichen. Das waren überwiegend Seiteneinsteiger\_innen, die sich engagiert um diese Klientel bemühten. Bekanntlich erhält nur ein Teil der erwachsenen Flüchtlinge staatlich organisierten professionellen Deutschunterricht

Weshalb machen wir das? Ich glaube, auch für meine Kolleginnen (ich bin der einzige Mann in diesem Team) sprechen zu können: es macht uns einfach Freude. Es bereitet mir Genugtuung und Zufriedenheit, meine Fähigkeiten auch als Pensionär umsetzen zu können. Ich merke, dass ich immer noch unterrichten kann, also eher zu den "Unruheständlern" gehöre. Ein ganz besonderer Aspekt, den ich nach jedem Unterricht erfahre: Die Dankbarkeit der Schüler\_innen. Regelmäßig verabschieden sich einige Frauen und Männer persönlich von uns und sagen einfach "Danke". Wann haben wir das während unserer aktiven Zeit erlebt? Ich kann mich nur an ein einziges Mal erinnern, dass mir eine Mutter einen Brief geschrieben hat, in dem sie sich bedankte, weil ich ihren Sohn zu einem Abschluss geführt hatte, der ihm eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglichte.

Mein Appell an alle Ruheständler\_innen: Die Zahl der Flüchtlinge, die in Hamburg versorgt werden muss, wird zunehmen. Jenseits aller politischen Meinungsverschiedenheiten über Flüchtlingspolitik sollten wir diesen Menschen helfen, soweit es in unserer Macht steht. Unser Beruf besitzt schließlich eine soziale Komponente. Das gilt nicht nur für GEW-Mitglieder, aber ganz besonders für sie.

UWE KUNERT  
BG Ruheständler\_innen

*Anmerkung der Redaktion: Wir freuen uns auf weitere Berichte aus der vielfältigen Arbeit mit Geflüchteten und werden diese gerne veröffentlichen.*

entsteht, Protest-Initiativen, die je nach Habitus gewaltsam vorgehen oder vor Gericht ziehen. In Hamburg haben sich derzeit diverse Stadtteilinitiativen unter dem Dachverband Ifl (Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg) zusammengeschlossen, um Großunterkünfte zu verhindern. Hinter dieser zunächst progressiv erscheinenden Forderung ist jedoch auf den zweiten Blick die Forderung einer Obergrenze zu erkennen, wie in dem Artikel *Tiefgaragen zuerst für Deutsche!* in dieser Ausgabe dargestellt (s.S. 15ff). Während die Ifl in ihrer Außerdarstellung

noch stark darauf bedacht ist, derlei Ziele bzw. Beweggründe in ihrem vermeintlichen Bemühen um die Integration von Geflüchteten zu implizieren, treten gesellschaftliche Rassismen an anderer Stelle offen zu Tage. Die Grenze des Sagbaren hat sich weit nach rechts verschoben, wenn – wie in Bornheim – männlichen Geflüchteten der Zutritt zum öffentlichen Schwimmbad versagt wird. Diese Tendenz zeigt sich auch in den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen: Die AfD sitzt mittlerweile in acht Landesparlamenten.

Im letzten Jahr sind aber auch

viele Hilfsinitiativen entstanden, die ehrenamtlich die Grundversorgung übernehmen. Menschen, die bisher nicht sozial und/oder politisch aktiv waren, organisieren sich und übernehmen staatliche Aufgaben. Das ist wichtig und richtig. Eine Politisierung dieser humanitären Hilfe findet jedoch nicht immer statt und führt zu Konflikten zwischen den oder innerhalb der einzelnen Inis. Viele der Menschen, die konkrete Unterstützung leisten, verstehen ihr Handeln als unpolitisch, obwohl sie sich teilweise mit ihren Aktionen am Rande der Legalität befinden. Die derzeitigen desaströsen Zustände sind jedoch ein Resultat einer auf Mikro-, Meso- und Makroebene rassistischen Alltagspraxis. Wenn nicht die Aufrechterhaltung des Status quo das Ziel ist, muss humanitäre Unterstützung in einen politischen Rahmen gesetzt werden.

sität erschlagend wirken, sollten wir nicht resignieren, sondern der rassistischen Grundstimmung ein alternatives Projekt entgegensetzen. In Bezug auf die GEW Hamburg hieße dies, Geflüchteten Zugang zu gewähren, institutionell, strukturell und inhaltlich. Gremien müssen geöffnet und Zugänge diverser werden, Infomaterial und Veranstaltungen mehrsprachig organisiert und Raum für Austausch und neue Themen geschaffen werden, damit ein solidarischer Kampf möglich ist, der auch die vielen selbstorganisierten Kämpfe von Refugees, wie der Gruppe Lampedusa in Hamburg, aufgreift. Es gilt, kreativ zu sein und die eigenen Ressourcen und Strukturen auch unkonventionell zu nutzen. Andere Gewerkschaften haben vorgemacht, wie dies aussehen kann: So fordert der amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO von Ar-

### Here to participate!

Refugees und Aktive aus der GEW Hamburg initiieren gerade ein Programm, das sowohl die Gewerkschaft, als auch das Berufsfeld „Bildung“ für Geflüchtete öffnen soll.

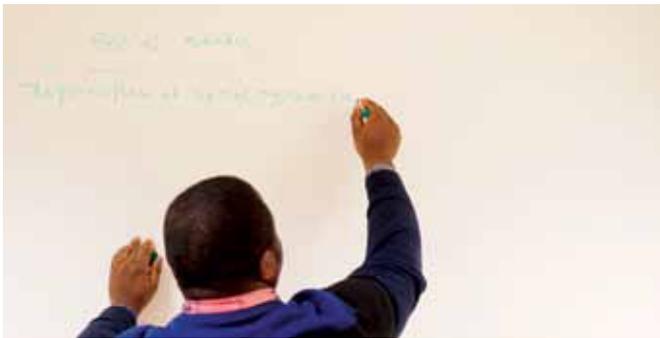
Zum einen soll Geflüchteten, die im Bildungsbereich tätig waren oder dies anstreben, mit oder ohne Arbeitserlaubnis, die Organisation innerhalb der GEW theoretisch und praktisch ermöglicht werden. Dies soll über eine symbolische Mitgliedschaft hinausgehen und auch Strukturen und Gremien für Kolleg\_innen mit Fluchterfahrung zugänglich machen, um so eine aktive Mitarbeit zu ermöglichen.

Zum anderen sollen Wege in die Berufswelt – ob in der Schule, der Kita oder in der Sozialarbeit – geebnet werden. Geflüchtete Lehrer\_innen sollen die Möglichkeit bekommen, via Hospitationen Einblicke ins deutsche Bildungssystem (z.B. an Schulen) zu gewinnen, gegebenenfalls auch Unterricht selbst gestalten, Kontakte knüpfen und eigene Erfahrungen einbringen können. Mit dem „Here to participate!“ soll so ein Austausch von geflüchteten und nicht-geflüchteten Pädagog\_innen auf Augenhöhe – wenn auch unter ungleichen gesellschaftlichen Bedingungen – hergestellt werden.

Um die neuen Kolleg\_innen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anzuerkennen und ihnen eine Partizipation in allen Bereichen zu ermöglichen, geht es außerdem darum, gemeinsam für ihre institutionelle Gleichstellung zu kämpfen: für Bleiberecht und Arbeitserlaubnis.

Auf den bisherigen Vernetzungstreffen nahmen neben Refugees auch Lehrer\_innen und Kolleg\_innen aus verschiedenen GEW-Zusammenhängen teil und konzipierten erste Grundzüge des geplanten Programms. Am 25. April wird das „Here to participate“-Programm dem Ge-

Foto: GEW-Studios



**Abimbola begegnet wieder seinem gelernten Lehrer-Beruf. Das hinterlässt Spuren – nicht nur auf der Tafel**

### Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Akteurinnen

Auch Gewerkschaften als gesellschaftspolitische Akteurinnen sind hier in der Verantwortung, auf die aktuellen Zustände aufmerksam zu machen, Position zu beziehen und ihre eigenen Strukturen zu nutzen, zu öffnen und zu verändern. Fragen sozialer Ungleichheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt, sondern müssen zusammen gedacht werden. Auch wenn die derzeitigen Ereignisse in Zahl und Inten-

beitgeber\_innen, dass diese für alle Beschäftigten Bankkonten einrichten, was illegalisierten Kolleg\_innen aufgrund ihres Aufenthaltsstatus' nicht möglich ist. Die spanischen Verbände CC.OO und UGT koalieren seit Jahren mit Menschenrechts- und Migrant\_innenorganisationen und kämpfen mit diesen solidarisch für die Legalisierung. Andere Gewerkschaften stellen ihre Häuser als Meldeadresse und/oder Raum zur Verfügung.

werkschaftstag vorgestellt und beantragt werden, es in der GEW Hamburg zu etablieren.

Zudem sind alle interessierten Kolleg\_innen mit und ohne Fluchterfahrungen eingeladen, zu einem offenen Informationstreffen am 23. Mai um 17.30 ins Curiohaus zu kommen. Neben

Informationen zum deutschen Bildungssystem wird dort die Möglichkeit geschaffen, Buddy-Tandems zu bilden und konkrete Schritte der Partizipation zu planen.

Bei Interesse an dem „Here to participate“-Programm melde dich mit einer kurzen Beschrei-

bung deines Interesses. Außerdem sind Menschen gesucht, die Übersetzungsarbeiten anbieten können.

JAN KOLBOW, TOBIAS WOLLBORN,  
ROBERT HÜBNER, RONJA HEINELT,  
GEW-Studis,  
Kontakt über  
dehnert@gew-hamburg.de

## FLÜCHTLINGE 3

# Tiefgaragen zuerst für Deutsche!

Der geplante Volksentscheid der „Initiativen für erfolgreiche Integration“ öffnet Räume für rassistisch gefärbte Fremdenfeindlichkeit

Ob in Öjendorf, Rissen, Billwerder, Neugraben-Fischbek, Hummelsbüttel, Eppendorf, Klein-Borstel, Lurup usw. – überall dort, wo in Hamburg (Not-)Unterkünfte für Geflüchtete geplant werden, formieren sich Anwohner\_innen, um diese zu verhindern. Seit Anfang des Jahres haben sich 13 Bürgerinitiativen zum Dachverband der „Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg“ (IfI) zusammengeschlossen und im Februar eine Volksinitiative gegen Großunterkünfte gestartet. Für dieses Anliegen wurden innerhalb von fünf Tagen über 26.000 Unterschriften gesammelt und damit die erste Hürde auf dem Weg zum anvisierten Volksentscheid im Herbst 2017 genommen. Entgegen ihrer humanistisch anmutenden Forderung nach „nachhaltiger Integration“ befördert diese Volksinitiative eine Debatte um eine hamburgere Obergrenze für Geflüchtete, schürt Ängste vor „den Fremden“ und mobilisiert rassistisches Gedankengut.

### Strukturelle Mangelunterbringung

Der Unwille, sich rechtzeitig um die Schaffung geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten zu

kümmern, obwohl eine steigende Anzahl von Schutzsuchenden prognostiziert wurde, hat auch in Hamburg zu einer strukturellen Unterversorgung bei der Unterbringung von Geflüchteten geführt. In deren Folge mussten im Sommer 2015 Tausende in Containern, Zelten und ehemaligen Baumärkten unterkommen oder erhielten überhaupt keinen Platz in einer Unterkunft. Um solche Szenarien und Bilder zukünftig zu vermeiden, will der Hamburger Senat im Jahr 2016 insgesamt 40.000 neue Plätze für Erstaufnahme- und Folgeunterkünfte schaffen. In Planung sind auch mehrere Großunterkünfte, die in Einzelfällen von mehreren Tausend Geflüchteten bewohnt werden sollen.

### Heimliche Obergrenze für Hamburg

Die Volksinitiative der IfI fordert nun eine Maximalbelegung von 300 Personen pro neu eingerichteter Unterkunft und einen Mindestabstand von 1 km zwischen den Unterbringungen. Ihre Hauptargumente sind – wie der Name der Volksinitiative offenlegt – die bessere Integration und die insgesamt besseren Bedingungen für Geflüchtete.

Klar, Sammelunterkünfte stehen einem angemessenen Leben von Menschen (mit oder ohne) Fluchtgeschichte – mit ausreichend Wohnraum und Privatsphäre, guter infrastruktureller Anbindung und der Möglichkeit zu gesellschaftlicher Teilhabe – entgegen. Eine Durchsetzung der Forderungen der Volksinitiative würde aber keine Verbesserung, sondern zumindest eine Aufrechterhaltung des Status Quo – bei der zu erwartenden Einwanderung weiterer Schutzsuchender – eher noch eine Verschlechterung der schon jetzt katastrophalen Wohnbedingungen zur Folge haben. Eine Realisierung vieler kleiner Unterbringungen wird so schnell nicht geleistet werden – und auch die IfI hat keine Lösungsvorschläge, die dem Bedarf annähernd gerecht würden. Eine Begrenzung der Unterkünfte auf maximal 300 Personen würde dementsprechend eine faktische Obergrenze für die Unterbringung von Geflüchteten in Hamburg bedeuten.

Der Wunsch nach einer Reduzierung der Geflüchteten in der Hansestadt wird auch durch die Forderung der Volksinitiative deutlich, den Königsteiner